

# Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

November 2014

Nr. 11 · 10. Jahrgang

## Ein Vertrag „mit dunkelroter Handschrift“

Mitgliederentscheid der LINKEN zur Abstimmung über den Koalitionsvertrag erfolgreich

Die Aktivenkonferenz am 11. Oktober in Potsdam hatte eine positive Resonanz. 150 Genoss/innen aus dem ganzen Land waren angereist, um sich über das Wahlergebnis auszutauschen. Im neueröffneten Tagungshaus in Potsdam/Wildpark war schnell klar, dass wir gemeinsam das Wahlergebnis auswerten und gemeinsam die Partei zukunftsfähig machen wollen. Wichtig ist, dass wir wieder Spaß an Parteilarbeit haben, uns den Zukunftsthemen zuwenden und wieder emotionaler werden.

Spannend war die Debatte über den gerade fertig ausgehandelten Koalitionsvertrag. Der Verhandlungsgruppe unter Leitung des Landesvorsitzenden wurde mehr als einmal Lob für die erreichten Ergebnisse ausgesprochen. Die elf SCHLÜSSELPROJEKTE konnten im Wesentlichen verankert werden. Zustimmung fanden vor allem die vereinbarten Ziele in der Bildungs- und Sozialpolitik, auch die Wirtschaftsergebnisse und die Vorhaben für einen starken ländlichen Raum. Die Verhandlungsgruppe warb auch für die Vereinbarungen zum Thema Energiepolitik. Unsere Maximalforderung zum Ausstieg aus der Braunkohle bis 2040 steht zwar nicht im Vertrag, dafür aber der Weg dahin. Auch beim Verfassungsschutz spiegeln die erreichten Kompromissformulierungen nur begrenzt die kritische Position der LINKEN wider. Da wird noch

„Kraftpakete“ und 74% der Stimmen erhielten die nominierten MinisterInnen von den Delegierten (v.l.): Helmuth Markov (Justiz, Europa und Verbraucherschutz), Diana Golze (Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie), Christian Görke (Finanzen).

einige Arbeit auf die neue Fraktion und die Partei zukommen. Insgesamt gab es jedoch eine positive Grundstimmung.

Am Dienstag, 14. Oktober, begann der Mitgliederentscheid zur Abstimmung über den Koalitionsvertrag. Circa 7.000 Mitglieder der LINKEN im Landesverband Brandenburg waren aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. „Dieser Koalitionsvertrag trägt eine linke, dunkelrote Handschrift“, erklärte der Parteivorsitzende Christian Görke auch auf mehreren Veranstaltungen während der Urabstimmung. Die Mitglieder entschieden daraufhin bis zum 30.10.2014. Das Ergebnis ist ein „Ja!“, wie es deutlicher kaum hätte ausfallen können: 75,74 % der Brandenburger LINKEN-Mitglieder haben sich an der Abstimmung beteiligt, Von

den abgegebenen gültigen Stimmen lauteten 4489 bzw. 92,44% auf Ja und 287 bzw. 5,91% auf Nein. 80 GenossInnen bzw. 1,65% enthielten sich der Stimme. Der Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Christian Görke, sagte dazu: „Das ist ein großartiges Ergebnis. Die Beteiligung von mehr als drei Vierteln der Mitglieder belegt, dass basisdemokratische Mitbestimmung von der Mitgliedschaft gewollt war und angenommen wurde. Das Votum von über 90% ist ein klares Bekenntnis der Mitgliedschaft zur Fortsetzung von rot-rot und eine Aufforderung an die Landespartei, die Landtagsfraktion und die MinisterInnen, den Vertrag mit Leben zu erfüllen und das Land im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.“

## „Stolpersteine“ erinnern an Nazi-Opfer

Lebendige Erinnerung an den 9. November 1938 auch in der Landeshauptstadt

Geschichte und geschichtliches Denken haben nichts mit Schicksal zu tun. Es sind immer die Menschen, die handeln, die Fehler begehen oder genau das Richtige tun. Die Geschichte kennt Schuldige, Opfer, Gerechte. Aber auch WIE wir Geschichte betrachten, wahrnehmen und erinnern, liegt in unserer Macht. Der 9. November ist wohl einer der historisch bedeutendsten Tage in der jüngeren deutschen Geschichte: Ausrufung der ersten deutschen Republik 1918, Hitlerputsch 1923, Reichspogromnacht 1938, und schließlich der Fall der Berliner Mauer 1989.

Der letzte 9. November in dieser Reihe ist einer der erfreulichen: Die Mauer in Berlin fiel, die Voraussetzung dafür, dass Ost- und Westdeutschland wieder eine Nation werden konnten. Hierzu wird auch in Potsdam ausführlich und vielfältig erinnert.



Ebenso lebendig ist in unserer Stadt die Erinnerung an den 9. November 1938: Vor 76 Jahren wurde in Deutschland aus Unrecht Ge-

setz und Mord zum Alltag. In Potsdam brachen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 Einheiten der SS und der Gestapo in die Potsdamer Synagoge am Wilhelmplatz ein, entweihten das Gotteshaus und zerstörten die Einrichtung. Zahlreiche Bürger unserer Stadt wurden festgenommen, verschleppt und gefoltert. Der 9. November 1938 war ein weiterer Schritt auf dem Weg der Ausgrenzung und Vernichtung jüdischen Lebens in Deutschland. Fünf Jahre später wurde der letzte in Potsdam lebende Jude Wilhelm Kann nach Theresienstadt deportiert und ermordet. So viel Leben ist damals erloschen. Und es ist gut und wichtig, daran in unserer heutigen Zeit zu erinnern.

Die Landeshauptstadt Potsdam beteiligt sich seit 2008 an der 2003 vom Kölner Künstler Gunter Demnig ins Leben gerufenen Aktion

(Fortsetzung auf SEITE 2)

## In dieser Ausgabe

### Aktuell notiert

**2** NEIN zu TTIP/Flüchtlinge in Potsdam

### Links informiert

**3** Rückschau: Zwei Jahre Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam/Weitere Ortsverbände haben Vorstände gewählt/Kreisparteitag am 15. November

### Links im Rathaus

**5** Kein Schnell-Umzug der Fachhochschule/Der Zaun am Pflingstberg muss weg/Bürgerbeteiligung in Sachen Lustgarten geht weiter



### Rot-Rot im Land

**6-7** Rot-Rot im Landtag wird fortgesetzt – Gedanken zum Koalitionspapier/Nachlese zu den Landtagswahlen 2014

### Service

**8** Tipps & Termine/ Kabarett im Stern\*Zeichen/60 Jahre Filmorchester Babelsberg/Sudoku

**Informationen der Redaktion:**

Die Ausgabe Dezember erscheint am 2. Dezember 2014. Redaktionsschluss ist am Montag, 24. November 2014.

(Fortsetzung von Seite 1)

**Stolpersteine ...**

„Stolpersteine – ein Kunstprojekt für Europa“. Drei Stolpersteine, die an die Schicksale dreier jüdischer Opfer des Nationalsozialismus in Potsdam erinnern, wurden am Dienstag, 14. Oktober 2014, in der Weinbergstraße 36 verlegt. Dabei wurde dem Rechtsanwalt Dr. Siegfried Lehmann, seiner Frau Margarethe Lehmann und deren Sohn Alfred Lehmann, gedacht. Die Familie hatte in diesem Haus ihren letzten selbst gewählten Wohnsitz. Die Recherche der Biografien der Lehmanns übernahmen Schülerinnen und Schüler des Humboldt-Gymnasiums. Unterstützt wurden sie dabei von Dr. Monika Nakath vom Brandenburgischen Landeshauptarchiv und dem Rechtshistoriker Dr. Wolfgang Weißleder.

Seit 2008 wurden in Potsdam bereits 26 Steine verlegt. Mit „Stolpersteinen“ wird auf die Schicksale von Opfern des Nazi-Terrors, des Rassenwahns, der Intoleranz und Euthanasie aufmerksam gemacht. Die persönlichen Lebensgeschichten der ansonsten oft namenlosen Opfer und die historischen Ereignisse in der Stadt werden mit den Steinen erkennbar gemacht. In Potsdam löschte die Shoa die einstmals einflussreiche, gesellschaftlich aktive jüdische Gemeinde vollständig aus. Erst am 21. März 1991 erlebte sie eine Neugründung.

-bm/Quelle:potsdam.de

**Neue Kommission, alte Leier**

**DIE LINKE im Europaparlament stimmt geschlossen gegen Juncker-Kommission**

Die Europaabgeordneten der Partei DIE LINKE haben geschlossen gegen die Juncker-Kommission gestimmt. „Nach der Anhörung ist vor der Anhörung, wir bleiben dabei: Mit Junckers neuer EU-Kommission ist kein soziales Europa zu machen.“

Die Europaabgeordneten weiter: „Massive Arbeitslosigkeit und eine lahmende Konjunktur in den EU-Mitgliedstaaten verlangen eine grundsätzliche Neuausrichtung der EU. Was Juncker jedoch als neue Traumtruppe präsentierte entpuppte sich bereits auf den ersten Blick als ein Abklatsch der Barroso-Kommission – zwar gespickt mit viel Polit-Prominenz, die allerdings ebenso konsequent für die überholte und unsoziale Politik der letzten Jahre steht. Dass etliche Kandidaten trotz ihrer fachlichen Mängel im Anschluss an die Anhörungen bestätigt wurden, liegt an der großen Koalition im

Parlament. Die Sozialdemokraten haben sich auf einen Kuhhandel eingelassen, um ihre Wackelkandidaten durchzubringen. Dieses 'business as usual' ist ein gefährliches Spiel mit Europas Zukunft.“

DIE LINKE im Europaparlament streitet für eine friedliche EU. Ohne Rüstungsexporte. Ohne Tote an den Außengrenzen. Mit echter Freizügigkeit ohne Lohndumping und Ressentiments. Wir wollen soziale Standards in der EU. Ohne Armut. Mit guter Arbeit, gerechten Löhnen und Renten. Wir wollen gerecht aus der Krise. Ohne Kürzungspolitik, die soziale Netze zerstört. Mit entmachteten Banken und ohne Steuer-

flucht für Reiche. Wir wollen die Privatisierungen stoppen und die öffentlichen Dienstleistungen stärken. Mit öffentlichen Investitionen und gerechten Steuern für vermögende und Konzerne statt Kürzungspolitik, die den Sozialstaat zerstört und tiefer in die Depression führt. Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) lehnen wir ab. Wir fordern mehr demokratische Mitbestimmung. Ohne Gekungel in Hinterzimmern. Mit EU-weiten Volksentscheiden und einer Stärkung des Europäischen Parlaments. All das ist mit der Juncker-Kommission nicht zu machen.

Unter Proteststrafen wurde am 22. Oktober im Plenum das Abstimmungsergebnis bekanntgegeben. Demnach haben 423 Europaabgeordnete die Juncker-Kommission bestätigt, 209 stimmten dagegen, 67 Abgeordnete enthielten sich ihrer Stimme.



**Lautstarker Protest europaweit**

**DIE LINKE unterstützt Unterschriftensammlung und Aktionstag „Stopp TTIP, CETA und TISA“**

Rund 260 Organisationen aus 23 EU-Mitgliedsstaaten sammeln seit Dienstag (7. Oktober) im Rahmen einer selbstorganisierten europäischen Bürgerinitiative online und auf der Straße Unterschriften gegen CETA und TTIP. Eine offizielle Europäische Bürgerinitiative (EBI) hatte die EU-Kommission zuvor mit einer rechtlich fragwürdigen Begründung abgelehnt.

DIE LINKE kennzeichnete die Nicht-Zulassung der offiziellen Europäischen Bürgerinitiative durch die EU-Kommission mit fadenscheiniger Begründung als ein Zeichen der Furcht. Wer in Sonntagsreden demokratisches Engagement für Europa predigt, aber dann die Bevölkerung aussperrt und mit Lobbyisten kungelt, führt nichts Gutes im Schilde. Die EU-Kommission fürchtet offenbar die Demokratie. Auch wenn die Unterschriften der Bürgerinitiative bei der EU den Stopp der Verhandlungen rechtlich nicht erwirken können, wird DIE LINKE tatkräftig Unter-

schriften sammeln. DIE LINKE sagt uneingeschränkt „Nein“ zu TTIP, CETA und TISA.

Nur vier Tage nach ihrem Start hatten bereits rund 420.000 Menschen die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (SEBI) online gegen TTIP und CETA unterschrieben. „Das ist ein deutliches Signal, wie sehr den Bürgerinnen und Bürgern das Thema auf den Nägeln brennt. Mit ihrer Unterschrift setzen sie ein Zeichen gegen Geheimverhandlungen und gegen die drohende Absenkung sozialer, ökologischer, rechtlicher und demokratischer Standards dies- und jenseits des Atlantiks“, sagte Sascha Roth vom Steuerungskreis des Bündnisses „Stopp TTIP“, das die Bürgerinitiative organisiert.

Hunderttausende in ganz Europa waren am Samstag, 11. Oktober, in über 1.000 Städten auf den Straßen um gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA zu protestieren. Allein in Deutschland war das in über 150 Städten. In Berlin versam-

elten sich zahlreiche BürgerInnen vor der Vertretung der Europäischen Kommission um die beiden Freihandelsverträge symbolisch in einen großen Häcksler zu stecken, während als offizielle VertreterInnen der EU, USA und Kanadas verkleidete SchauspielerInnen vergeblich versuchten, sie davon abzuhalten. In Leipzig versammelten sich gut 400 Menschen zu einer Demonstration durch die Innenstadt. Mehrere hundert Unterschriften für die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative sind hier dabei dazugekommen. In Köln trugen zahlreiche DemonstrantInnen Schilder mit der Botschaft „Ich bin ein Handelshemmnis! - Für Demokratie und kommunale Selbstbestimmung!“, während in London ein Banner mit der Aufschrift „No TTIP: Hands Off Democracy“ von der Westminster-Bridge heruntergelassen wurde.

Aktueller Unterschriftenstand: <http://www.stop-ttip.org>

**IMPRESSUM**

„Potsdams andere Seiten“  
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.  
**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dorustraße 53, 14467 Potsdam.  
**REDAKTION:** medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;  
**ANZEIGEN:** Sekretariat.  
**BANKVERBINDUNG:** Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00  
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.  
**BILDAUTOREN:** Redaktion, Archiv, Bergmann (2)  
**DRUCK:** Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

## Ziel bleibt: „Ein Potsdam für alle“

Gedanken vor dem bevorstehenden Kreisparteitag am 15. November 2014

Diese schlagkräftige Mannschaft wurde am 24. November 2012 in den Kreisvorstand der Partei DIE LINKE.Potsdam gewählt: Sascha Krämer, der Vorsitzende; Andrea Grunert und Ronny Besancon, die beiden Stellvertreter, Detlef Janson, der Geschäftsführer, Alexander Frehse, der Schatzmeister, sowie die Vorstandsmitglieder Bianca Bastian, Miriam Bürger, Sandra Dahlmann, Moritz Kirchner, Matthias Lack, Juliane Tietz, Jana Schulze und Gunther Waschkuhn.

In der Mehrzahl junge Leute und einige ältere, bewährte GenossInnen. „Unser eigener Anspruch als Kreisvorstand war und ist es, eine moderne und zugleich traditionsbewusste LINKE zu schaffen, die in die Stadt und die Bevölkerung ausstrahlt, insbesondere für junge Menschen attraktiv ist und auf der Höhe der Zeit mit den Menschen kommuniziert. Wir pflegen einen kooperativen Führungsstil. Wir haben ernsthaft und konzentriert für diese Partei gearbeitet, aber sind auch nicht zum Lachen in den Keller gegangen. Und obwohl wir ein relativ

junges Kreisvorstandskollektiv waren, wissen wir, dass die Ehrungen für Karl und Rosa nicht Polit-Folklore sind, sondern eine Mahnung an uns alle, im Sinne der Menschen zu wirken und die langen Traditionen zu schätzen und zu pflegen, in der wir als LINKE stehen“, so war es vor nunmehr zwei Jahren im mit viel Beifall bedienten Rechenschaftsbericht zu lesen und zu hören.

Nach zwei Jahren könnte der Kreisvorsitzende Sascha Krämer ähnlich das Geleistete in der zurück liegenden Zeit resümieren. Auch und gerade nach einer harten Zeit voller Wahlen: Bundestagswahl, Europa- und Kommunalwahl und abschließend die Landtagswahl standen an. Dieser umfassende Wahlzyklus stellte auch die Potsdamer LINKE vor umfassende Herausforderungen.

„Ein Potsdam für alle“ – diese Prämisse hatte sich der Kreisverband gestellt. Inhaltlich waren und sind das solche Themen wie „Bezahlbarer Wohnraum“, der Erhalt der Potsdamer Alternativkultur, der Kampf für öffentliches Eigentum und eine leben-

dige und differenzierte Gedenkkultur. Zu diesen Fragen hat DIE LINKE in Potsdam in den vergangenen zwei Jahren zum wiederholten Male ihre Kompetenz und ihr Durchsetzungsvermögen vielfach unter Beweis gestellt: eine solide, verlässliche und alltagsnahe Politik für alle Potsdamerinnen und Potsdamer. Doch zu den anstehenden Wahlen „belohnte“ das die Wählerschaft nicht. Trotz der Wahlschläppen: „Bei den Kommunalwahlen z. B. haben wir als „Titelverteidiger“ den Titel verteidigt“, resümiert Sascha Krämer. DIE LINKE.Potsdam ist erneut, und nun schon zum dritten Mal hintereinander, stärkste Kraft in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung. Das Ziel ist und bleibt weiter ein Potsdam von allen für alle. Das meint ergo, die konkreten Lebensbedingungen aller Menschen in Potsdam zu verbessern. Dieser LINKEN Daueraufgabe wird sich auch der am 15. November 2014 neu zu wählende Kreisvorstand stellen.

-bm

## Aus Potsdamer Ortsverbänden der Partei DIE LINKE

Gesamtmitgliederversammlung in Potsdam-West

Am 03.09. fand in Potsdam-West die Neuwahl des Ortsvorstandes statt. Erneut mit dabei sind Tina Lange und Wolfgang Preller, neu hinzugekommen sind Steffen Kludt und Alexander Steinicke sowie unser neuer Ortsvorsitzender Raico Rummel. Leider konnten drei weitere Frauenplätze mangels Bewerberinnen nicht besetzt werden, doch Karin Schröter wird uns weiterhin in der Arbeit unterstützen und den Kontakt zur Stadtfraktion halten. Tina Lange ist darüber hinaus Mitglied im Kreisvorstand und wird dort die Kontakte halten. Außerdem ist sie in der Linksjugend [solid] Brandenburg im LandessprecherInnenrat. Wolfgang Pre-

ler ist zudem Mitglied des Landesauschusses und Steffen Kludt Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg. Damit sind wir gut vernetzt. In den kommenden zwei vermutlich wahlkampffreien Jahren wollen wir wieder mehr inhaltliche Arbeit leisten und verstärkt in Kiezprojekten aktiv sein.

### Scholle 34 – ein neues Nachbarschaftshaus für Potsdam West

Seit einigen Wochen schraubt und werkelt es nun in der Geschwister-Scholl-Straße 34. Das Stadtteilnetzwerk Potsdam West konnte mit der Schlösserstiftung verein-

baren, dass an dieser Adresse, dem ehemaligen „Charly“, ein neues Nachbarschaftshaus entsteht. Nicht zuletzt durch die Unterstützung von einer breiten Mehrheit der Kommunalpolitik wurden im Oktober die ersten Schritte unternommen. Mehrere Dutzend Menschen zwischen 3 und 70 Jahren kamen und entrümpelten das alte Gebäude. Die ersten Schritte sind somit getan, und die Scholle 34 soll vielfältig genutzt werden. Die Ideen gehen von Werk- und Bühnenhaus bis hin zu einem Treffpunkt für alt und jung. Weitere Infos unter: [www.stadtteilnetzwerk.de](http://www.stadtteilnetzwerk.de)

Raico Rummel

## Gutes, linkes Theater im Potsdamer „Spartacus“

„Der Eindimensionale Mensch wird 50“, heißt das außergewöhnliche Theaterprojekt von Thomas Ebermann. Es wird am Freitag, 14. November, und am Samstag, 15. November, jeweils um 19.00 Uhr im Potsdamer Kulturzentrum „Spartacus“ präsentiert. Auf der Bühne erweist dann eine illustre Runde dem Philosophen Herbert Marcuse, Ikone der Kritischen Theorie, mit einem fulminanten Konzert-Theater ihren Respekt. Grundlage dafür ist die große, systemkritische Schrift „Der eindimensionale Mensch“, die nicht zuletzt die westdeutschen 68er-Rebellen inspirierte und mit der Marcuse die Idee von der großen Verweigerung prägte. Vor 50 Jahren erschienen, machte den Autor das Werk weltbekannt. Aber keine Angst: Das wird kein akademischer Abend, kein Agitprop und auch kein Lehrstück. Dafür sorgen der Hamburger Buch- und Bühnenautor Thomas Ebermann, Andreas Spechtl, Kopf der Diskurspopband „Ja, Panik“, der Schauspieler und Musiker Robert Stadlober sowie der Musiker Kristof Schreuf, ehemaliger Frontmann von der Kult-Band „Kolossale Jugend“. Das klingt schon ziemlich gut und das wird es sicher auch. DIE LINKE.Brandenburg unterstützt gerne dieses fulminante Theater-Projekt.

Nähere Infos:

[www.spartacus-potsdam.de](http://www.spartacus-potsdam.de)

### 1. Tagung des 5. Kreisparteitages DIE LINKE.Potsdam

15. November 2014,  
10.00 – 16.30 Uhr

Aula des Humboldt-Gymnasiums Potsdam,  
Heinrich-Mann-Allee 103

Für den 15. November 2014 hat der Kreisvorstand einen Kreisparteitag einberufen, der auch einen neuen Kreisvorstand wählen soll. Dieser soll ausnahmsweise nur für ein Jahr gewählt werden, um sich dem Wahlrhythmus in anderen Brandenburger Kreisverbänden anzugleichen. Die Delegierten des Ortsverbandes wurden bereits auf einer Gesamtmitgliederversammlung gewählt. Der Parteitag tagt aber wie gewohnt öffentlich!



Der Ortsvorstand in Potsdam-Süd: Dr. Dittmar Zengerling, Hella Drohla, Gerhard Kienberg, Angelika Laube, Dr. Sigrid Müller, Christian Schirrholtz, Ursula Thieme und Reik Wolffgram (nicht auf dem Foto).

## Liebknecht gegen Kriegskredite

1914

Am 04. 11. 1914 forderten die Potsdamer Sozialdemokraten ihren Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht auf, gegen die Kriegskredite im Deutschen Reichstag zu stimmen. Am 2. Dezember 1914 stimmte er als einziger gegen den Krieg. In der Begründung erklärte Liebknecht u.a.: „Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung

wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital... Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg... Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen... Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und



Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, ...lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.“ Alle weiteren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten stimmten in „Fraktionsdisziplin“ für die Kredite.

## Letzter Durchhaltefilm der UFA wird gedreht

1944

Ende November (20.) beginnen die Dreharbeiten zum letzten Ufa-Film 205 „Das Leben geht weiter“ mit Gustav Knuth, Hilde Krahl, Marianne Hoppe, Viktor de Kowa, Heinrich George, Friedrich Kayssler, Will Dohm, Karl Schönböck, Paul Henckels, Hilde Körber uva.; Regie: Wolfgang Liebeneiner. Am 16. 12. 1944 bringen die Berliner „Film-Nachrichten“ eine Schilderung des Inhalts des Propagandestreifens: „Am Beispiel Berlins und seiner tapferen

Bevölkerung, für die hier in diesem Film die Schicksale von ein paar besonders herausgehobenen Menschen stehen, schildert der Film den trotz allen Bombenterrors unbeugsamen Lebens- und Kampfeswillen des deutschen Volkes. Nach allen schweren und unersetzlichen Verlusten, die die Menschen, die hier vor uns hintreten, erleiden müssen, bejahen sie doch immer wieder das Leben. Sie überwinden das Schwere, wenden den Blick nach

vorn, und mit ihnen stehen – nicht nur in der Stadt, die der Schauplatz des Films ist, sondern in allen Städten des Reiches, deren Menschen vor diese große Bewährungsprobe gestellt wurden – Millionen, die zwischen Trümmern und Flammen bergen und retten, schaffen und kämpfen. Das Leben geht weiter.“ Es wird der letzte Ufa-Film ...

## Ja zur Oder-Neiße-Friedensgrenze

1949

Hermann Axen, Leiter der Abteilung Massenagitation beim ZK der SED, spricht am 4. November vor Werktätigen des VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg zur Oder-Neiße-Friedensgrenze; die Teilnehmer verabschieden eine Resolution, in der es heißt: „Die freund-

schaftliche Unterstützung des volksdemokratischen Polen beweist uns, daß das polnische Volk die Freundschaft mit unserem Volk wünscht. Wir deutschen Werktätigen wollen keinen neuen Krieg, sondern friedlichen Aufbau und die Freundschaft mit allen friedlie-

benden Völkern. Deshalb werden wir mit aller Schärfe gegen die Versuche einer Revision der Oder-Neiße-Grenze auftreten. Es lebe die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.“

## Zehn Jahre Filmhochschule

1964

An einem akademischen Festakt an der Deutschen Hochschule für Filmkunst Potsdam-Babelsberg aus Anlass des zehnjährigen Bestehens nehmen am 11. November u.a. teil das Mitglied des Staatsrats der DDR, Prof. Hans Rodenberg, der Minister für Kultur Hans Bentzien, der Leiter der ideologischen Kommission der Bezirksleitung Potsdam der SED,

Gerhard Blum, die Stellv. Vorsitzende des Rates des Bezirkes Potsdam, Inge Henrich, sowie Gäste aus Ungarn, Polen, der CSSR und der BRD. In einer Grußadresse von Kurt Hager, Leiter der ideologischen Kommission des ZK der SED, heißt es: „Die deutsche Hochschule für Filmkunst zählt zu den jüngsten akademischen Lehr- und Forschungsstätten unseres

Staates, doch gibt das erste Jahrzehnt ihres Bestehens Anlass, Freude über vieles schon Erreichte wie es angesichts der Perspektiven, die der umfassende Aufbau des Sozialismus der Filmkunst und dem Fernsehen eröffnet, gleichzeitig auch noch zu höheren Erwartungen berechtigt.“ (MV, 12. 11. 1964). Als neuer Rektor wird Dr. Konrad Schwalbe eingeführt.

## Vorbildwirkung der polytechnischen Bildung

1964

An einer wissenschaftliche Konferenz vom 25. – 27. November an der Pädagogischen Hochschule Potsdam über die schulpolitischen und pädagogischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung nehmen Vertreter von 18

Universitäten und Institutionen teil - u.a. die Universitäten aus Moskau, Budapest, Warschau, Gdansk, Sofia, Prag, Olomouc sowie die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin; Prof. Dr. Ignacy Szaniawski von der

Universität Warschau „...betonte, dass sich die DDR mit der polytechnischen Bildung und Erziehung Weltruf erworben habe und vielen Ländern als Vorbild diene.“ (MV, 28. 11. 1964)

## 25 Jahre „Schreibende Arbeiter“

1984

Anlässlich des 25jährigen Bestehens der Bewegung „Schreibender Arbeiter“ findet am 3. November im Kulturhaus „Hans Marchwitza“ eine festliche Veranstaltung des Bezirkskabinetts für Kulturarbeit und der Bezirksarbeits-

gemeinschaft „Schreibende Arbeiter“ statt. Dabei u.a. Hildegard Kalina vom Zirkel Hennigsdorf (seit 20 Jahren Mitglied dieses Zirkels), die Schriftstellerin Martha Ludwig aus Potsdam, Ernst Stadtkus, Lieselotte Senff, Erika

Paschke, Hermann-Otto Lauterbach, Ruth Kraft, Günther Gregor.

## Alle Kraft für den Neubau in der Pappelallee

**DIE LINKE: Kein Zwischenumzug der Fachhochschule Potsdam in das Rechenzentrum!**

Die Antwort auf die Frage bleibt eine Spekulation: WANN hatte die Stadtspitze WEN über den beabsichtigten Zwischenumzug der FHP vom Alten Markt in das Rechenzentrum in der Breiten Straße informiert? Erst durch die Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg in der Hauptausschusssitzung am 24.09.2014 sind die Pläne publik geworden. Eine ministerielle Arbeitsgruppe arbeitet aber schon länger an ihnen, allerdings ohne Beteiligung der FH.

Dass der Neubau auf dem Campus in der Pappelallee erst 2017 fertig wird, ist bekannt. Damit, so der Baubeigeordnete, drohe ein Stillstand von 3 bis 4 Jahren für die weitere Entwicklung der Potsdamer Mitte und das Wegbrechen von Fördermitteln des Landes in Millionenhöhe. Letzteres blieb allerdings vom Landesbauministerium nicht unwidersprochen. Fördermittel könnten auch nach 2016 noch beantragt werden.

Was ein Zwischenumzug, der frühestens Mitte 2015 erfolgen könnte, also eine „Lösung“ für 2 Jahre wäre, kosten würde, ist nicht bekannt. Wer ihn aus welchem Topf bezahlen müsste auch nicht.

Der Präsident der FHP, der auf Anregung der LINKEN in die Sitzung des Hauptausschusses am 15.10.2014 eingeladen wurde, nannte die Gründe, warum das Rechenzentrum nicht für eine Hochschulnutzung in Frage kommt: Hier gibt es keinen Hörsaal, keine Mensa, die Räume sind aus verschie-



denen Gründen für die Lehre ungeeignet. Die vorgeschlagene Nutzung des Hörsaals im Klinikum würde zu erheblichen Störungen der Abläufe führen.

Dass dieser Zwischenumzug mit der Gefahr einer deutlichen Einschränkung der Qualität der Rahmenbedingungen für Studierende und Lehrende verbunden wäre, dürfte selbst den Umzugsbefürwortern bewusst sein.

DIE LINKE hat sich als erste Fraktion ganz klar gegen diese Umzugspläne ausgesprochen und stehenden Fußes einen Antrag für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.11.2014 eingereicht. Neben der Ablehnung der Umzugspläne enthält dieser auch die nachdrückliche Forderung an das Land, zügig die baulichen Voraussetzungen auf dem Campus der FH im Bornstedter Feld zu schaffen, um den Umzug vom Alten Markt in die neuen Gebäude auch tatsächlich bis zum Frühjahr 2017 zu ermöglichen.

Es muss alle Kraft und alles Geld auf die Fertigstellung der Campus-Bauten konzentriert werden, anstatt in enorm teure und schlechte Zwischenlösungen zu investieren.

*Dr. Sigrid Müller*

*Mitglied im Hauptausschuss*

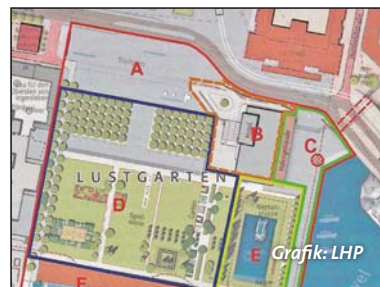
## BürgerInnen sind weiter gefragt zum Lustgarten

Die StVv hat eine Planungswerkstatt zum Lustgarten beschlossen. Ursache dafür war das Bestreben, eine Legitimation zu einem Abrissbegehren des Mercure zu erreichen. Dazu wurde ein sachlich erscheinendes Verfahren erdacht, mit dem man die Sanierungsziele des Lustgartens entsprechend ändern wollte. Die Tatsache, dass das Hotel aktiv genutzt wird und die zahlreichen Willensbekundungen von Potsdamern, die das Hotel aus den unterschiedlichsten Gründen weiter im Stadtbild sehen wollen, hat die Initiatoren nicht von ihrem Ziel abrücken lassen. Der erste Teil der Beteiligung

im Internet geäußert. Zu dem Gartenbereich gab es meist positive Äußerungen. Stark unterschiedliche Voten gab es für den befestigten Festplatz und das Hotel. Neun Prozent der Meinungen waren „Hotel Mercure beseitigen“, hingegen 17,3 % „Hotel Mercure erhalten“, 2,8 % „Hotel verschönern“, 1,7 % „Debatte ums Hotel ist Unsinn“, d. h. zusammen etwa 22 % gegen Abriss. 8,1 % sagten „Geld für Wichtigeres ausgeben“. 11,6 % kritisierten das Verfahren und 21,3 % machten konstruktive Vorschläge. Man kann das im Internet nachlesen unter Planungswerkstatt im Dialog.

Stadt Potsdam und Sanierungsträger haben nun 7 Planungsbüros ausgewählt, die unter Berücksichtigung der Meinungen der Öffentlichkeit einen städtebaulichen Entwurf erarbeiten sollen. Die Fläche wurde in Bereiche A bis F eingeteilt. Der größere Teil Lustgarten D, Neptunbecken E und Hafen C soll praktisch so erhalten bleiben. Zur eigentlichen Bearbeitung verbleiben den Büros lediglich die Bereiche Festplatz A, Hotel B und Parkplatz am Bahndamm F. Da das Angebot an Parkplätzen im Gebiet erhalten werden muss, verringern sich die Freiheitsgrade nahezu auf Stadtplatz und

Hotel. Das Hotel gehört der Stadt nicht. Bleibt unbefangen zu ändern eigentlich nur die Betonfläche. Weil diese jedoch weiterhin auch für Schausteller gebraucht wird, ist das eine arg beschränkte Aufgabe! Darum habe ich persönlich, der ich als einer von fünf Sachgutachtern ausgewählt wurde, den Büros empfohlen, die Platzkante zur Breiten Straße aufzuwerten und etwas zu begrünen und mit Sitzmöbeln zu ergänzen. Vom 8.11.2014 bis 16.01.2015 ist



eine zweite Beteiligung der Öffentlichkeit geplant. Ich kann nur alle Potsdamer ermutigen, sich dabei einzubringen, um weltfremde Entscheidungen zu verhindern.

*Dipl.-Ing. Ralf Jäkel*

## Der Zaun muss weg!

Das ist der Ruf der Bürgerinitiative gegen die Einzäunung eines riesigen öffentlichen Areals. Im Auftrag der Schlösserstiftung saniert Herr Döpfner die Parkanlagen am Pfingstberg.

In diesem Zusammenhang wurde die Fläche eingezäunt und für die Öffentlichkeit unzugänglich gemacht. Die LINKE in der Stadtverordnetenversammlung findet diesen Zustand nicht hinnehmbar. Ohne Kommunikation mit den Anliegern einen kilometerlangen Zaun zu setzen, ist nicht nur schlechter Stil sondern entspricht weder dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt noch den Genehmigungspflichten zur Errichtung dieser massiven Absperrung.

DIE LINKE stellt deshalb den Antrag, den Oberbürgermeister zu beauftragen, die öffentliche Zugänglichkeit der Parkanlagen der Villen Henckel und Schlieffen dauerhaft zu sichern und damit die Vorgaben des B-Planes durchzusetzen.

Dazu soll unverzüglich der die gesamte Fläche von 6.000 qm umfassende Bauzaun wieder entfernt werden. Alle angekündigten Sicherungsmaßnahmen sollen auf das zwingend notwendige Maß beschränkt bleiben.

Das ist die Konsequenz, die DIE LINKE aus der Diskussion im Hauptausschuss zieht.

Es ist zu begrüßen, dass es einen Workshop mit allen Beteiligten bis zum Frühjahr 2015 geben soll. Aber so lange kann sich niemand verträumen lassen, denn der Zaun ist Realität.

Da die Gefahr besteht, dass das Ganze zu einem Dauerzustand werden könnte, ist es erforderlich, mit Nachdruck die Einhaltung der Vorgaben des B-Planes durchzusetzen.

Sollte unsere Forderung eine Mehrheit finden, ist der Hauptausschuss im November 2014 über den Stand zu informieren. Wir bleiben in Kontakt mit der Bürgerinitiative und werden sie weiter in ihrem Anliegen – wie wir es auch öffentlich vor Ort getan haben – unterstützen, denn der Zaun muss weg.

*Dr. Karin Schröter*

*Stellv. Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der SVV*



Foto: Sanierungsträger Potsdam

der Bürger hat bis 14.09.2014 stattgefunden. Mehr als tausend Bürger haben die rote Infobox besucht, viele haben Meinungen

## Kulturelle Nischen erobern die Stadt

Wie alle Begriffe ist auch der der Soziokultur in den Sozialwissenschaften umstrittenen Grundlinien der entsprechenden Kontroversen zeichnen Stephanie Pigorsch und Matthias Lack in ihrer hier als Band 10 der Reihe „Beiträge zur Sozialraumforschung“ vorgelegten Monographie nach. Dies ist jedoch nicht der Hauptgegenstand ihrer Publikation. Vielmehr rekonstruieren sie empirisch, wie in verschiedenen Initiativen eine Alternative zum Teil schon zur staatlichen DDR-(Jugend-)Kulturarbeit bzw. dann zu der auch in den sogenannten



neuen Bundesländern mehr und mehr hegemonial durchgesetzten Dominanzkultur der vereinigten Bundesrepublik nicht nur zu postulieren, sondern zu verwirklichen versucht wurde bzw. wird. Soziokulturelle Initiativen tragen zur Veränderung von städtischen Räumen bei, manchmal ganz anders als geplant. Der Band stellt die Ergebnisse eines Forschungsprojektes zu soziokulturellen Initiativen in Potsdam vor. Im Vordergrund steht die Frage, über welches implizite Wissen soziokulturelle Initiativen verfügen. In Interviews mit den Akteurinnen wird deutlich, wie diese in kollektivem Tun neue selbstbestimmte Stadträume gestalten.

Die hier vorgelegte Rekonstruktion konjunktiver Erfahrungsräume der Initiativen in Bezug auf ihr Verhältnisse zu Gesellschaft, Politik und Verwaltung sowie auf ihre Organisationsstruktur und interne Kommunikation muss als eine wahre Pionierleistung von Stefanie Pigorsch und Matthias Lack gewürdigt werden.

„Kulturelle Nischen erobern die Stadt: Implizites Handlungswissen soziokultureller Initiativen“ von Stephanie Pigorsch und Matthias Lack, broschiert, EUR 24,90

## Koalitionsvertrag ist kein Parteiprogramm

Sascha Krämer und Sebastian Walter zum Mitgliederentscheid der LINKEN

**Es gibt einen bekannten englischen Pop-song mit dem Text: »Eines Tages, Baby ... werden wir alt sein und an all die Geschichten denken, die wir uns hätten erzählen können.« Der könnte sinnbildlich für die Debatten stehen, die im Brandenburger Landesverband der Linkspartei gerade geführt werden. Es geht darum ob wir nach der Wahlschlappe weiterhin mit der SPD regieren wollen oder nicht. Wir wollten beweisen, dass man in Regierungen als LINKE nicht verlieren muss. Daran sind wir gescheitert.**

Jetzt gibt es einiges an Unsicherheit, ob eine weitere Regierungszeit der Partei mehr schadet als nützt. „Es ist vielleicht gut für das Land, aber schlecht für die Partei“, ist zu hören. Um es gleich zu Beginn zu sagen, wir sind angetreten, dieses Land weiterhin sozial zu regieren. Der Koalitionsvertrag bietet dazu viele Spielräume und das trotz schlechter werdender Rahmenbedingungen. Wir sollten es tun!

Um wieder mehr Menschen zu überzeugen, müssen wir konkret die Probleme der Brandenburgerinnen und Brandenburger ansprechen und die Lebenssituation verbessern. Die alleinerziehende Mutter an der Supermarktkasse, der Handwerker und die Kita-Erzieherin müssen den Unterschied spüren, wenn die LINKE regiert. Das deutlich zu machen, ist eine schwere Aufgabe. Aber sie ist zu erfüllen, wenn wir radikal im Denken bleiben, aber real handeln.

Ja, wir können in die Opposition gehen. Können uns bequem zurück lehnen, können gute Vorschläge machen, aber abgelehnt werden sie alle. Dann würde es wirklich stimmen - wir könnten später, wenn wir alt sind, darüber reden, was wir hätten tun können. Nein. Wir wollen später, wenn wir alt sind, darüber reden, wie schwer es war, wie viel Lehrgeld die LINKE zahlen musste, bis wir gemeinsam einen wirklichen Politikwechsel erreicht haben. Wie wir



Aktivenkonferenz am 11. Oktober im Potsdamer „BlauArt“.

kämpfen mussten, dass es in Brandenburg keinen Billiglohn mehr gibt, wie lange es gedauert hat, aus der Braunkohle auszuweichen und wie wir manche Umwege gehen mussten, um die Schulen im Land auf höchstes Niveau zu bringen.

### Einen Schritt weiter zu einem sozialen und gerechten Land

Deshalb sollten wir nicht nur weiter regieren, sondern einen wirklich neuen Weg gehen. Wie oft haben wir in den letzten fünf Jahren darüber geredet, etwas besser machen zu wollen, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen - mehr als schöne Worte waren das oft nicht. Wir haben uns in eine Wagenburg begeben, haben gebetsmühlenartig unsere Erfolge präsentiert und wunderten uns am Abend des 14. September über unser Wahlergebnis. Vielleicht ging unsere Politik an den Menschen vorbei. Reale Verbesserungen gab es wohl nicht in dem Maße, wie es auf dem Papier aussah. Vielleicht war es die Selbstvergewisserung, die uns manchmal den Blick vernebelt hat und manche Umwege auf unserem Weg

nicht so klar erschienen ließ, wie wir es dachten.

Umwege lassen sich dann erklären, wenn das Ziel klar ist. Vielmehr müssen wir uns darüber Gedanken machen: Was bedeutet ein soziales Brandenburg konkret? In den zugegeben schweren Rahmenbedingungen kann es nicht darum gehen, ein sozialistisches Paradies aufzubauen, aber es muss uns darum gehen, das Leben der Brandenburgerinnen und Brandenburger besser zu machen. Egal, wo sie leben und arbeiten.

Der vorliegende Koalitionsvertrag gibt trotz aller Schwächen den richtigen Weg vor.

Wir dürfen nicht vordergründig in eine Koalition gehen, weil es 4.300 mehr Lehrerinnen und Lehrer, 100 Sozialarbeiter und mehr Geld für Kitas gibt. Wir müssen aber in eine Regierung gehen, wenn der Koalitionsvertrag die Möglichkeit gibt, einen Schritt weiter zu einem sozialen und gerechten Land zu kommen. Dieser Vertrag ist kein kommunistisches Manifest, ist kein Parteiprogramm, es ist ein Arbeitspapier. Es bietet die Möglichkeit einer wirklichen Wende zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zu mehr Lebensqualität und besserer Bildung.

### DIE LINKE – Motor eines sozialen Wandels

Es kommt darauf an, was wir als Partei daraus machen. Die Debatte über eine Partei in Regierung wird weiterlaufen, sie wird wahrscheinlich kein Ende finden. Das ist gut so. Aber erste Schlussfolgerungen müssen und werden wir ziehen. Wir dürfen nicht dem Denkfehler erliegen, auf den Tucholsky hinwies: »Sie dachten, sie wären an der Macht. Dabei waren sie nur an der Regierung.« Gesellschaftliche Mehrheiten müssen gewonnen werden, nicht nur in Umfragen. Auf der Straße, im Kleingartenverein und auch an einigen Stammtischen. Wenn DIE LINKE es ist, die an diesen Debatten teilnimmt und eine Rolle spielt, wenn sie nicht nur Korrektiv, sondern Motor eines sozialen Wandels ist, dann werden wir auch wieder erfolgreich sein. Wir stehen vor einem Erneuerungsprozess auf allen Ebenen im Landesverband. Diesen müssen wir jetzt beginnen. Dann können wir in Regierung wieder erfolgreich sein - gemeinsam.

**Aus „ND“ vom 21.10.2014**

Die Autoren: Sascha Krämer (37) ist LINKE-Kreisvorsitzender in Potsdam und Mitglied im Landesvorstand; Sebastian Walter (24) ist Kreisvorsitzender der Barnimer LINKEN sowie stellvertretender Landesvorsitzen-



Am 14. Oktober begann auch in Potsdam die Debatte zum Koalitionsvertrag in der Alleestraße.

## Gute Erfahrungen mit AGNES 2

Unsere Rot-Rote Gesundheitspolitik hat sich vor allem den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft und einer zuverlässigen gesundheitlichen Versorgung überall im Land gestellt. Dafür haben wir auch neue Modelle erprobt, mit denen wir beispielgebend für andere Bundesländer sind.

Dazu gehört auch die „Gemeindegewesener“ AGNES 2. Um Näheres zu erfahren, traf ich mich mit dem Potsdamer Neurologen Dr. Freitag und seiner medizinischen Fachangestellten Frau Wende, die zugleich auch als AGNES 2-Schwester arbeitet und Patientinnen und Patienten zu Hause aufsucht.

Die AGNES 2-Fachkräfte kümmern sich um das „Fallmanagement“ für besonders betreuungsintensive chronisch kranke und ältere Patienten über einen bestimmten Zeitraum. Das erfolgt stets in enger Abstimmung mit dem behandelnden Arzt, einem Fach- oder Hausarzt/-ärztin. Dabei führt die AGNES 2-Fachkraft im Rahmen ihrer Hausbesuche ärztlich delegierte Tätigkeiten aus.

Entwickelt wurde das Modell von der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Brandenburg, der AOK-Nordost und der BARMER GEK. Seit 2011 sind die speziell geschulten AGNES 2-Fachkräfte in Brandenburg tätig, zuerst im Rahmen eines Modellprojektes und seit April 2012 überall im Land. Seit



diesem Jahr sind schon 90 speziell als AGNES 2-Kräfte qualifizierte Frauen und ein Mann (!) bei Ärztinnen und Ärzten angestellt und in der Betreuung von Patientinnen und Patienten unterwegs.

Sie können sowohl für einen Hausarzt als auch für einen Facharzt arbeiten – in einer Einzelpraxis, einem Medizinischen Versorgungszentrum, einem Ärztehaus, einem Ärztenetz oder einer KV-Eigeneinrichtung.

Dr. Freitag fand die Idee sehr gut, dass eine Krankenschwester als „verlängerter Arm“ des Arztes die Patienten zu Hause betreuen kann. So erhält er mehr Informationen über die Krankheit der Patienten und kann ihnen eine bessere Betreuung zukommen lassen. Als Neurologe hat er

viele Demenz- und Parkinsonpatienten, die intensive Betreuung und auch soziale Unterstützung brauchen, so dass es nahe lag, mit einer AGNES 2-Fachkraft patientennäher zu arbeiten.

Frau Wende hat 2013 einen Lehrgang zu AGNES 2 erfolgreich absolviert und ist seitdem einen Tag in der Woche im Raum Potsdam unterwegs und sucht ihre Patienten zu Hause auf. Der persönliche Bezug zu den Patienten im privaten Rahmen sagt noch viel mehr über ihren Bedarf an medizinischer und sozialer Unterstützung aus. Insbesondere ist so feststellbar, was der Patient/die Patientin zu Hause selbst noch leisten kann, welche Unterstützung vor Ort vorhanden ist, wie die Familie eingebunden ist, wie die Patienten mit den verordneten Medikamenten zurecht kommen etc.. Frau Wende sieht ihre Aufgabe auch darin, um den Patienten herum ein Netzwerk mit Hilfsangeboten aufzubauen. Hier muss es künftig noch besser gelingen, die Zusammenarbeit mit den Pflegestützpunkten zu entwickeln.

Um diese guten Erfahrungen noch verstärkt im Land zu nutzen, haben wir AGNES 2 als Arztentlastendes und Patientenunterstützendes Modell in der neuen Koalitionsvereinbarung von SPD und LINKE festgeschrieben.

Anita Tack  
Gesundheitsministerin in Brandenburg

## Deutlich LINKE Handschrift

### LINKE Frauen empfohlen Annahme des Koalitionsvertrags

**Die Sprecherinnen der LAG LINKE Frauen haben sich intensiv mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag beschäftigt und empfehlen die Annahme im Mitgliederentscheid. Der Koalitionsvertrag enthalte eine deutlich LINKE Handschrift.**

Insbesondere die Vereinbarungen zur Bildungspolitik, die den Weg zu einer Gemeinschaftsschule ohne Kulturkampf eröffnen, die Aussagen zur Frauen-, Gleichstellungs- und Kinderpolitik setzen klare Zeichen. Aber auch in der Seniorenpolitik gibt es klare Aus-

sagen. Sozialer Wohnungsbau, Mietpreisbremse, Barrierefreiheit, Ausbau der gesundheitlichen Versorgung in allen Landesteilen und die Ausrichtung auf wohnortnahe Pflege sind aus unserer Sicht klare Signale an die Familien. Der unbedingte Wille, geschlossen gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung zu wirken und eine Willkommenskultur zu schaffen, ist ein weiterer Punkt. Natürlich sehen wir auch, dass es uns nicht in allen Teilen des Koalitionsvertrages gelungen ist, unsere Ziele durchzusetzen. Die positiven Vorhaben

überwiegen jedoch aus unserer Sicht. Es kann durch kluge gemeinsame Arbeit gelingen, dass unser Land Brandenburg sozialer und gerechter wird. Aus all diesen Gründen bitten wir die Mitglieder am Entscheid teilzunehmen und mit Ja zu stimmen.

Gabriele Brandt, Rosemarie Kersten,  
Angelika Tepper, Ute Miething  
Dieser Erklärung hatten sich Vertreterinnen der LAG SeniorInnen angeschlossen.

## LINKE UnternehmerInnen: Viele richtige Ansätze

**Wichtige Aussagen und Ziele formuliert der Koalitionsvertrag zu den Bereichen Wirtschaft und guter Arbeit, so die Mitglieder der LAG LiU. In der vergangenen Legislaturperiode haben sich die Rahmenbedingungen für die Kleinen- und Kleinstunternehmen unter dem LINKEN Minister Ralf Christoffers schrittweise verbessert.**

Diese Kontinuität wird mit dem Koalitionsvertrag weiter fortgeschrieben, und das ermutigt die Kleinen- und Kleinstunternehmen der LAG LiU. Insbesondere wird

die Rolle der Handwerker, Dienstleister und Mittelständler mit regionaler Verwurzelung sowie die Freien Berufe als Rückgrat der Wirtschaft charakterisiert und vor allem das Handwerk mit den vielen Betrieben, das eine hohe Anzahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung stellt, als bedeutend hervorgehoben. Erkennt werden die wesentlichen Umbrüche und die daraus resultierenden notwendigen Unterstützungen für die kleinen Unternehmen, wie z.B.: die Schaffung von Erleichterungen für die Unternehmensnachfolge, die weitere Exis-

tenzgründerförderung und vieles mehr.

Ebenso richtig und wichtig und wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, wird von den Unternehmen die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes befürwortet, denn vom gesetzlichen Mindestlohn profitieren auch die kleinen und mittleren Unternehmen. Er bietet Schutz vor Niedriglohnkonkurrenz. Zudem stärkt der Mindestlohn die Binnennachfrage.

Renate Vehlows,  
Mitglied OWUS und Sprecherin der  
LAG LiU in Brandenburg

## Geschichte in Geschichten

„DDR – Meilenstein in der Geschichte“ – so lautet der Titel eines weiteren Bandes der Reihe „Spuren der Wahrheit“, herausgegeben von der Unabhängigen Autorengruppe, „So habe ich das erlebt“. Siebzig Zeitzeugen griffen für diese Ausgabe zur Feder, setzten sich an den Computer, um mit Herzblut ihren Kindern, Enkeln, den nachfolgenden Generationen zu vermitteln, was für sie das Leben in 40 Jahren Deutsche Demokratische Republik ausmachte.

Kaum einer euphorisch, sondern vorwiegend sachlich, oft kritisch, manchmal auch emotionsgeladen, zum Teil humorvoll, persönlich, einfühlsam, meist detailgetreu, gelegentlich verallgemeinernd – spürt man bei allen Autoren das dringende Verlangen, sich mit den eigenen Erlebnissen und Wahrnehmungen in der DDR so auseinanderzusetzen, dass dieses kleine Land nicht auf seine Fehler reduziert wird, dass die Positive nicht in Vergessenheit gerät.

In informationsreichen Schilderungen kleiner Episoden – mit vielen Fotos bereichert – oder in gesellschafts-politischen Darlegungen erfahren wir Interessantes über den Universitätslehrten Jürgen Kuczynski, über Kontakte zum Vatikan, über das Leben in DDR-Kinderheimen, über Spitzensportler, über Stiefel-sorgen und andere Vorkommnisse beim Ernst-Hermann-Meyer-Ensemble, über die Fotosynthese, die Rolle unserer Wälder und einen weltbekannten Naturgärtner. Wir bängen mit DDR-Journalisten im US-Bombenhagel in Vietnam, mit FDJlern unter Polizei-Knüppeln in West-Berlin und Volkspolizisten im Spionagetunnel, begleiten eine chinesische Delegation, schweben mit jungen Segelfliegern über Saarmund, erfreuen uns an Werken von DDR-Künstlern. Wir blättern in Chroniken von Hausgemeinschaften, Klassen- und Schulkollektiven und erfassen Briefmarken als Spiegelbild unseres Staates.

Die Verfasser schildern „Geschichte in Geschichten“, indem sie uns teilhaben lassen an ihrem Leben in der DDR, an ihren Freuden und Erfolgen und an Fehlschlägen und Niederlagen. Denn: „Unsere Nachkommen sollen die Geschichte der DDR im Großen und im Kleinen immer wieder neu erfahren“, so Herausgeber Horst Jäkel.

„DDR – Meilenstein in der Geschichte“; GNN Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz. 20,00 €. ISBN 978-3-89819-410-5

